

Der Countdown für die Proklamation eines Staates »Palästina« läuft. Das magische Datum ist der 4. Mai. An diesem Tag endet der fünfjährige Zeitraum, in dem gemäß der »Osloer Verträge« ein Palästinenserstaat hätte entstehen sollen. Doch palästinensischer Terror, die Ermordung Rabins und die Wahl einer nationalistischen und religiös-fundamentalistischen Regierung unter Führung des unberechenbaren Benjamin Netanyahu haben eine einvernehmliche Verhandlungslösung bisher verhindert.

Die Amtszeit Netanyahus ist für die israelische Demokratie die schädlichste seit der Staatsgründung gewesen. Seine Unzuverlässigkeit, sein Opportunismus und seine Verschlagenheit suchen in der Geschichte des jüdischen Staates ihresgleichen. Kaum ein Mitglied der israelischen politischen Klasse, das er nicht vor den Kopf gestoßen und hinter Licht geführt hätte. Sein Vertrauensverlust in der Knesset und die für den 17. Mai angekündigten Neuwahlen sind daher nur konsequent. Mit Blick auf den 4. Mai ist der Wahltermin aber auch ein politisch geschickter Schachzug.

Yassir Arafat und die meisten seiner Anhänger geben sich immer noch der Illusion hin, mit einer von der Arbeitspartei geführten neuen Regierung würde es leichter werden, ihr ersehnter Staat fiele ihnen dann quasi als Morgengabe in den Schoß. Ein fataler

Countdown

PALÄSTINA ■ Warum Arafat die Staatsgründung nicht verschieben sollte

Irrtum. Man lese nur die Statements von Yossi Beilin oder Ehud Barak. Dann wird klar, daß diese »Tauben« ebensowenig bereit sind, den Palästinensern für ihren Staat mehr als 40 Prozent des Territoriums zu überlassen. Barak hat Netanyahu nach der Rückkehr von Wye sogar beschuldigt, zu großzügig gegenüber den Palästinensern gewesen zu sein. »Wir hätten sie besser ausgetrickst«, war sein Tenor. Soviel zur »Liberalität« der Arbeitspartei, der vor allem deutsche Kommentatoren gern aufsitzen.

Wie aber soll sich Arafat verhalten? Der gesundheitlich schwer angeschlagene PLO-Chef ist in der Tat nicht zu beneiden. Doch er sollte – trotz der israelischen und amerikanischen Drohungen – am 4. Mai einen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 proklamieren. Wenn er dieses Datum verpaßt, gibt es keinen plausiblen Grund, die Ausrufung später nachzuholen. Außerdem geht jeder zeitliche Aufschub zu Lasten der Palästinenser. Außenminister Sharon hat

bereits die israelischen Siedler aufgerufen, soviel Land wie nur möglich zu besetzen; ein eindeutiger Bruch des Völkerrechts durch die Regierung. Doch die mißachtet das Völkerrecht seit nunmehr 32 Jahren Besetzung – mit Zustimmung des amerikanischen Verbündeten und Nahost-Vermittlers.

Die Wahrheit ist: Arafat hat von keiner der israelischen Gruppierungen etwas zu erwarten. Auch die vielen neuen Parteigründungen – von denen die des ehemaligen Generalstabschef Amnon Lipkin-Shahak, der zusammen mit Dan Meridor und Roni Milo vom Likud eine »Partei der Mitte« ins Leben rufen will, die spektakulärste ist – tragen eher zur weiteren Fragmentierung der Gesellschaft und damit zur Erpressbarkeit des Ministerpräsidenten bei, als daß sie seine Unabhängigkeit und Entscheidungskraft stärken.

Ja, die Mehrzahl der Israelis befürwortet den »Friedensprozeß«. Gleichzeitig gibt es aber auch einen breiten gesellschaftlichen Konsens, daß Jerusalem als »ewige und un-

teilbare Hauptstadt Israels« nicht zur Disposition steht. Auch einen unabhängigen Staat »Palästina« wollen nur wenige. Der »Friedensprozeß« hat weder die Herzen der Israelis noch der Palästinenser erreicht. Über 60 Prozent der Israelis sehen in einem Palästinenserstaat und in den arabischen Knesset-Abgeordneten, die immerhin Israelis sind, eine Gefahr für den Bestand des jüdischen Staates.

Einzig die sogenannten »Tunesier«, die neuen Multimillionäre der Arafat-Getreuen, befürworten von Herzen die Bantustanisierung ihres Landes. Da wundert es auch nicht, daß die Drohungen Israels und der USA Wirkung zeigen und Arafat kolportieren läßt, er wolle die Proklamation »seines« Staates auf Juli oder bis zur Jahrtausendwende verschieben. Von politischer Weitsicht zeugt das nicht. Wohl aber von Schwäche.

Um so dringlicher wäre ein klares Signal der Europäer, die sich im Nahen Osten endlich aus dem Schlepptau Washingtons lösen müssen. Das gilt auch für die Bundesregierung. Ob die jedoch unter Schröder und Fischer dazu in der Lage ist, darf bezweifelt werden. Fortschritt im Nahen Osten wird es erst dann wieder geben, wenn dem Völkerrecht eine Bresche geschlagen wird und die israelisch-amerikanische Machtpolitik ein deutliches Korrektiv erhält.

Ludwig Watzal